

# Pressemitteilung



Landesbezirk Sachsen,  
Sachsen-Anhalt,  
Thüringen



Leipzig, 20.03.2024

## Verhandlungen gescheitert – Urabstimmung im Nahverkehr in Sachsen-Anhalt

Nachdem auch in der 3. Verhandlungsrunde am 20. März 2024 zwischen der Gewerkschaft ver.di und dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) Sachsen-Anhalt keine Annäherung erzielt werden konnte, sind die Verhandlungen im kommunalen Nahverkehr in Sachsen-Anhalt gescheitert.

Zwar haben die Arbeitgeber wie angekündigt ein neues Angebot vorgelegt. Allerdings ist dieses weiterhin weit von den aufgestellten Forderungen entfernt. Bei einer Laufzeit von 24 Monaten bietet der KAV neben einer Inflationsausgleichszahlung von 2.000 Euro eine lineare Entgeltsteigerung von insgesamt 10 Prozent verteilt auf die Laufzeit an. Im Ergebnis würden die Beschäftigten in Sachsen-Anhalt auch im Jahr 2025 noch um mehrere hundert Euro schlechter bezahlt werden, als vergleichbare Kollegen in Sachsen und Thüringen zum aktuellen Zeitpunkt.

Dazu sagt Paul Schmidt, ver.di Fachbereichsleiter und Verhandlungsführer: „Auf viele unserer Forderungen sind die Arbeitgeber überhaupt nicht oder nur unzureichend eingegangen. Gleichzeitig erwarten sie, dass die Beschäftigten auch zukünftig eine eklatante Lohnlücke zu den benachbarten Bundesländern akzeptieren. Das kommt nicht in Frage.“

Weiterhin verlangt der KAV Einschnitte in die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. So soll in den Krankengeldzuschuss eingegriffen, der Kündigungsschutz gelockert und die Wechselschichtzulage im Fahrdienst gestrichen werden. Auch für die Auszubildenden konnte keine nennenswerte Annäherung erzielt werden.

„Auf dieser Grundlage sehen wir keine Perspektive für eine sinnvolle Einigung. Entsprechend rufen wir die Beschäftigten in den Nahverkehrsunternehmen erneut zum Streik auf. Zusätzlich leiten wir nun die Urabstimmung über einen unbefristeten Streik ein“, ergänzt Schmidt. „Es tut uns wirklich leid, dass die Fahrgäste erneut in Mitleidenschaft gezogen werden. Genau deswegen hatten wir den Arbeitgebern trotz verstrichener Frist ein Vertrauensvorschuss für die heutige Verhandlungsrunde gegeben. Dieser wurde bitter enttäuscht. Die Verantwortung für diese Eskalation tragen daher eindeutig die Arbeitgeber“.

ver.di ruft die Beschäftigten der Nahverkehrsunternehmen in Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Magdeburg und dem Burgenlandkreis vom 21. März 2024 bis 24. März 2024 ganztägig zum Warnstreik auf. Die Urabstimmung über unbefristete Arbeitskämpfmaßnahmen beginnt in den kommenden Tagen.

**Ansprechpartner für Rückfragen:** Paul Schmidt (Verhandlungsführer) – 0171/2206294  
**für Dessau-Roßlau und den Burgenlandkreis:** Wieland Kämpfe (Gewerkschaftssekretär) – 0171/3041069

**für Halle (Saale):** Lucas Zahn (Gewerkschaftssekretär) – 0151/10664050

**für Magdeburg:** Benjamin Schladitz (Gewerkschaftssekretär) – 0151/29906344

V.i.S.d.P.:  
Oliver Greie  
ver.di-Landesbezirksleiter für  
Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen  
für den Inhalt: Pressestelle

Pressestelle:  
Karl-Liebknecht-Straße 30-32, 04107 Leipzig  
Tel. 0341 52901 110 | Fax 0341 52901 510  
eMail: lbz.sat@verdi.de  
Internet : www.sat.verdi.de

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft